

immer sich einer der NS-belasteten Politiker mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert sah, wurde auf den für das Spruchkammerverfahren verfassten Lebenslauf verwiesen, in dem, angesichts der drohenden Strafe, häufig geschönt, weggelassen und verharmlost wurde. Eine offene, allerdings unpersönliche Auseinandersetzung beziehungsweise Abgrenzung von der NS-Zeit wurde im hessischen Landtag lediglich ab 1966 von allen Fraktionen praktiziert, um sich von der neu in das Parlament eingezogenen NPD zu distanzieren. Die persönliche NS-Vergangenheit der Politiker der anderen Parteien spielte dabei jedoch wieder keine Rolle. Im politischen Alltag blieb der Blick in der Nachkriegszeit stets in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit gerichtet.

Grundsätzlich konnte Schneider feststellen, dass sich die NS-belasteten Politiker mit der fortschreitenden Demokratisierung zunehmend weniger von ihren unbelasteten Kollegen unterschieden. Allerdings entwickelten sich im Laufe der Zeit die Parteiprofile immer stärker heraus und führten so zu Abgrenzungen zwischen den Abgeordneten unterschiedlicher Parteien, jedoch nicht zwischen NS-belasteten und unbelasteten Politikern. Lediglich in ihrem unreflektierten Blick auf die NS-Vergangenheit, sofern sie diesen einmal offenbarten, unterschieden sich die NS-belasteten von den unbelasteten Abgeordneten.

Die grundlegende Herausforderung der vorliegenden Untersuchung waren die lediglich in geringem Umfang vorhandenen Quellen und Egodokumente, die mittels kritischer Analyse Auskunft über das persönliche Verständnis der Politiker zu ihrer NS-Vergangenheit geben könnten. Die tatsächliche Haltung und Einstellung der Abgeordneten konnte daher im Rahmen dieser Studie nicht endgültig geklärt werden, was jedoch auch problematisiert wird. Eine solche Untersuchung kann sich den persönlichen Einstellungen nur annähern. Was sie allerdings leisten kann und was in der vorliegenden Studie deutlich herausgearbeitet wurde, sind Gemeinsamkeiten in den Strategien zum Neubeginn nach 1945 und während der Abgeordnetentätigkeit, die auf weitere NS-belastete Politiker übertragbar erscheinen. Des Weiteren zeigen die Vertuschungsversuche, die eine Konstante im Leben der jeweiligen Personen ab 1945 bis zu ihrem Tod darstellten, dass die NS-Belastung in der hessischen Gesellschaft als Makel wahrgenommen wurde, der einem Politiker in Ansehen und Karriere gefährlich werden konnte.

Nina Fehrlen-Weiss

Weimar im Westen, Republik der Gegensätze, hg. von Regina GÖSCHL und Julia PAULUS, Münster: Aschendorff Verlag 2019. 207 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-402-13353-8. Brosch. € 16,90

Die vorliegende Publikation begleitete eine Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „100 Jahre bauhaus im westen“ mit dem Untertitel „Gestaltung und Demokratie. Weichenstellungen im Rheinland und in Westfalen“, die gemeinsam vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe zusammen mit 40 regionalen und lokalen Partnern 2019 aus Anlass des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums ausgerichtet wurde.

Die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen führen eine ältere Tradition schon der preußischen Provinzen fort. Sie sind zuständig für Sozial-, Behinderten- und Jugendhilfe sowie für Kultur- und Denkmalpflege und unterhalten Institute für Regionalgeschichte in Bonn und Münster. Im jungen Südweststaat waren sie Vorbild für eine 1957 unternommene, aber alsbald gescheiterte Initiative, solche Landschaftsverbände auch für Baden und Würt-

temberg einzurichten. Auch ist in Baden-Württemberg mit der 1954 gegründeten Kommission für geschichtliche Landeskunde nur eine und im Vergleich schlechter ausgestattete Institution für Landes- und Regionalgeschichte zuständig. Die bessere Ausstattung der entsprechenden Institutionen in Nordrhein-Westfalen erhellt u. a. daraus, dass nicht weniger als 14 (freilich unter Einschluss der Volontäre) der 17 Autoren, die am vorliegenden Band mitgewirkt haben, hauptamtlich in den Instituten der Landschaftsverbände tätig sind.

Der Band vereinigt insgesamt 20 kurze Essays zu politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in den beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen während der Weimarer Jahre. Sie werden einheitlich jeweils mit einem Bild und dessen knapper Beschreibung eröffnet. Die Beiträge sind allesamt nicht auf das Bauhaus bezogen; die entsprechenden Beispiele für Bauten im Westen des Reiches – etwa in Hagen und Krefeld – werden also nicht eigens thematisiert. Stattdessen spannen die Beiträge einen weiten Bogen, der zum besseren Verständnis und zur gesellschaftlichen Einordnung der klassischen Moderne, wie sie sich auch in der Bauhaus-Bewegung manifestierte, beitragen soll. Dieser Bogen reicht in politischer Hinsicht von der Rätebewegung 1918/19, den nachfolgenden Wahlen über den auf eine Trennung von Preußen zielenden Separatismus im besetzten Rheinland, neue Konfliktlösungen zwischen den nun erstmals so zu bezeichnenden Tarifparteien bis hin zu den völkischen Bewegungen und erfasst damit schon hier den für die Weimarer Zeit kennzeichnenden Zwiespalt, der sich zwischen dem Aufbruch zu modernen Lebensformen und demokratischer Partizipation und einer weit verbreiteten Nostalgie eröffnete, deren wichtigste Kennzeichen Stadt- und Industrie-feindschaft gewesen sind.

In den nachfolgenden Beiträgen zu Medien und Massenkultur, zu den meist konfessionell geprägten differierenden Milieus, zu Sport, Tourismus, Kunst und Kultur, zur Ordnung der Geschlechter, zur Lebensreform und zur Heimatbewegung wie auch in den Beiträgen zum Ruhrgebiet als neuer Landschaftserfahrung, zu Kleingewerbe, Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft wird dieser Zwiespalt mehr oder minder immer wieder thematisiert. Im Beitrag zu Fremdheitserfahrungen und Rassismus im Westen überrascht den unbedarften Betrachter, dass nicht nur die „Rheinlandbastarde“ Opfer von Anfeindungen gewesen sind, sondern auch die „Ruhrpolen“ oder „Pollacken“, die man im Blick von außen doch als vollständig integriert wählte. Von daher überrascht auch nicht, dass ein Drittel der seit 1890 größtenteils als preußische Staatsbürger in das Ruhrgebiet eingewanderten Menschen polnischer Zunge nach 1918 in die neu gegründete Republik Polen abwanderte und ein weiteres Drittel in die französischen und belgischen Stahlreviere weiterzog (S. 92). Dem Historiker fällt besonders auf, dass die zur Abwehr hannoverscher Ansprüche vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen initiierte Regionalforschung, aus der das große Sammelwerk „Der Raum Westfalen“ (Band 1, 1931) hervorging, nur beiläufig und ausgerechnet im Beitrag zum Werbefilm „Durch das schöne Westfalen“ erwähnt wird (S. 150).

Der Band ist mit einem nach den Einzelbeiträgen angeordneten Literaturverzeichnis ausgestattet und enthält zudem ein nützliches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren, das S. 191 mit Autor*innenverzeichnis überschrieben ist. Überhaupt das Gender Gap! Es findet nicht in allen Beiträgen Verwendung. Umso störender wirkt es dort, wo es auftaucht.

Klaus-Jürgen Matz